

Riesner Tageblatt



Druckdruckerei
Tagesblatt Riesa
Bernauer Str. 20.
Postfach Nr. 52.

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptamts Meissen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfach
Riesa 1500
Stadtkasse
Riesa Nr. 21.

Nr. 181.

Sonnabend, 4. August 1928, abends.

81. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 3 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Freie Tarife, Bewilligung Rabatt erwirkt, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Kündigungsfrist: 14 Tage. Verantwortlich für die Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für den Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Eine neue Ethik?

Wenn wir uns mit der Rede Derrlots in Köln auseinandersetzen wollen, so soll dies nicht sagen, daß wir nicht jedes Wort dieser an und für sich ausgezeichneten Ausführungen unterschreiben könnten. Der französische Unterrichtsminister hat im Bankettsaal des Gürzenich so gesprochen, seine Worte so gewählt, seine Komplimente so formuliert, wie man es von ihm als dem verantwortlichen Sachverwalter des modernen französischen Geisteslebens und von dem Sinn seines Besuchs in Köln einfach erwarten mußte. Die Anwesenheit eines amtierenden französischen Ministers auf der Presse ist eine lebenswichtige und durchaus freundliche Geste unseres Nachbarvolkes, die wir gerne mit einer gleichen Geste erwidern wollen. Mit gemissem Wohlwollen haben wir daher die uns in der Rede Derrlots erwiesene ausgezeichnete Hochachtung zur Kenntnis zu nehmen. Die völkisch-moralische Erwiderung hat ja schon Herr Wdenauer, Kölns Oberbürgermeister, durchaus im Rahmen dieser Höflichkeitaktion vorgenommen.

Wie schon gesagt, es gibt in der ganzen Derrlot-Rede kein Wort, das wir nicht mit guter Ueberzeugung als durchaus richtig unterschreiben könnten. Wenn wir aus den Ausführungen des französischen Unterrichtsministers dennoch einen kleinen Passus zum Gegenstand einer kleinen kritischen Betrachtung machen, so soll sich diese Kritik nicht gegen den französischen Sprecher in Köln richten, sondern nur gegen den Sinn dieses Passus selbst. Derrlot sagte: „Man werden wir eine feierliche Gelegenheit haben, zum Nutzen aller Völker zusammenzuarbeiten, um eine neue Ethik zu schaffen, die uns von der unerträglichen Knechtschaft der Brutalität befreien wird.“ Das ist ein Satz, den wir wollen lassen. Denn er ist ein ausgezeichnetes Beispiel. Ein Kuriosum, das, wenn wir und alle die, die Derrlot ihren Landsmann heißen, ihm Geltung verschaffen sollten, mit einem Schläge all das Uebel und das Unkraut beseitigen würde, die heute noch eine wahre Verhängnisnacht der Völker, also eine wahre neue Ethik, überwinden. Wenn Herr Derrlot diese neue Ethik verlangt, sie unbedingt heischt, da nur sie allein uns von der „unerträglichen Knechtschaft der Brutalität“ befreien wird, so gibt er auch ausdrücklich offenherzig zu, daß eine solche unerträgliche Knechtschaft der Brutalität irgendwo besteht. Herr Derrlot hat allerdings darauf verzichtet, uns mitzuteilen, wo und wodurch diese schlechte Ethik, die er durch eine bessere ersetzen will, geschaffen wurde. Was er verläumt, wollen wir veruchen, nachzuholen. Der französische Unterrichtsminister erwies uns seine Höflichkeit an den Ufern des Stromes, der heute noch zu einem großen Teil durch französische Bataillone und durch die Kanonen und Mitrailleusen, die nach der schönen Rede Briand schon lange in der Hundstammer liegen müßten, bewacht wird. Er sprach keine aufmerksamen Lebenswahrheiten zu den Vertretern einer Bevölkerung, die durch eine heute noch geltende französische Ethik für eine noch nicht absehbare Zeit weiterhin in Knechtschaft leben soll. Da diese Bevölkerung diese Knechtschaft nicht freiwillig auf sich genommen hat, so muß sie ihr nach den Befehlen der Logik wohl irgendwie aufgezungen worden sein. Einen solchen Zwang, der letzten Endes das Selbstbestimmungsrecht freier Menschen bergehalten will, nennt man in einer allgemeinen verständlichen Sprache, die die Diplomaten allerdings nicht immer zu führen verstehen, Brutalität. Wir sind nicht ganz fest davon überzeugt, ob Herr Derrlot mit diesem ausgezeichneten Satz über die Brutalität die Tatsachen schildern wollte, die wir Deutschen die Tatsachen am Rhein nennen. Da jedoch die Worte eines amtierenden französischen Unterrichtsministers einen logischen Sinn haben müssen, und die Logik aus den Ausführungen Derrlots hier sehr faßbar zu greifen ist, so ist es ja letzten Endes gleichgültig, ob der französische Gast in Köln mit der Auslegung, die wir seinen ethischen Grundgedanken geben, einverstanden sein wird oder nicht. Soweit über die völkischen Komplimente des französischen Unterrichtsministers. Etwas weiter westlich vom Rhein gibt es eine Weisheit, die nicht immer an die Höflichkeit gebunden zu sein braucht, die die amtierenden Staatsmänner ihres Landes aus Erkenntnis einer gewissen Staatsräson zuweilen zu sagen haben. Diese Weisheit, sie heißt die Wiener Weisheit, läßt sich veranschaulichen, die Worte Derrlots in Köln im Sinne der französischen Ethik „richtig“ zu kommentieren. Da stellt sich zunächst die Inskribition „Solonté“, also an und für sich ein Organ, das alle Gedanken einer vernünftigen Ethik und eines liberalen Prinzips für sich gepachtet haben will, fest, daß die Rheinlandbesetzung durchaus kein Hindernis für die deutsch-französische Freundschaft bedeute. Uebersetzen wir diese Ansicht in die Gedanken-gänge einer Logik, so heißt das mit anderen Worten, daß die „unerträgliche Knechtschaft der Brutalität“ eine ausgezeichnete Grundlage für eine Verständigung, mit anderen Worten, für eine neue Ethik, darzustellen hat. Wir wollen darauf verzichten, diese französischen Grundgedanken zu erschüttern, da dies angesichts einer ganz besonderen Mentalität gewisser Herren in Paris wohl keinen großen Zweck haben dürfte.

Schulkreuzer Berlin auf dem Wege nach Timor.

Berlin. Schulkreuzer Berlin ist gestern von den Banda-Inseln nach Timor (Niederländisch-Indien) in See gegangen. Er wird am 6. August in Kupang erwartet.

Neue Versuche mit dem Opel-Rafetentwagen. Der Wagen explodiert.

Hannover. In aller Stille waren die Vorbereitungen für neue Versuche mit dem Opel-Sander-Rafetentwagen getroffen, die in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend auf der unbenutzten Eisenbahnstrecke Burgwedel-Gelle vor sich gingen. Raf. 4 und 5 nahmen sich die beiden etwa 3 Meter langen rollstuhlförmigen Fahrzeuge, die 800 Kilogramm wogen und von denen Raf. 4 mit 20, Raf. 5 mit 30 Raketen bestückt waren. Um 4 Uhr sollte Raf. 4 starten, aber die Arbeiten verzögerten sich, so daß er kurz nach 1/2 Uhr startete. Große Feuerstrahlen auswerfend, setzte sich die Maschine zuckend und schaukelnd in Bewegung, doch nach kaum 200 Metern, an derselben Stelle, wo Raf. 3 explodiert, war

die Fahrt zu Ende; auch Raf. 4 explodierte. Etliche Raketen und 2 Räder wurden weit fortgeschleudert, Menschen wurden nicht verletzt.

Nach Ansicht der Konstrukteure Fritz v. Opel und Sander zündeten die Raketen, von denen sich die eine nach unten entzünd, wodurch die Explosion und das Einwärtsrollen des Schienen erfolgte. Die Versuche mit Raf. 5 konnten nicht gemacht werden, weil der anwesende Landrat und der Eisenbahnpräsident sie unterlagerten.

Es wurden deshalb die weiteren Versuche auf unbestimmte Zeit vertagt.

Der Reichstanzler gegen Deutschlands Kolonialpolitik.

Berlin. (Telunion.) Der „Tag“ schreibt: Reichstanzler Müller hat sich in Beantwortung einer Anfrage: Soll Deutschland Kolonialpolitik treiben? gegen jede aktive deutsche Kolonialpolitik ausgesprochen. Entscheidend für diese Ablehnung sind dem Reichstanzler sogenannte praktische Erwägungen, in erster Linie der Kapitalmangel der deutschen Wirtschaft.

Aber diese Begründung ist nicht die einzige gewesen. Auch von der Uebernahme eines Kolonialmandates durch Deutschland will Herr Müller nichts wissen. Deutschland soll sich vielmehr in der Mandatskommission des Völkerbundes der Völker in den Mandatsgebieten annehmen, um abermals sein Ansehen zu heben. Herrn Müller genügt volle Gleichberechtigung für die Angehörigen Deutschlands in den Kolonien und Mandatsgebieten. Hierzu schreibt die Deutsche Kolonialgesellschaft:

Die Erklärung des Reichstanzlers ist von so außerordentlicher Tragweite, daß man die Frage stellen muß, wie Herr Müller diese Erklärung abgegeben habe, ob als Vertreter der Politik seiner Partei oder als Vertreter der Politik der Reichsregierung. Wie stelle ich das Robinson, wie stelle ich der Außenminister zu dieser Erklärung des verantwortlichen Führers der deutschen Politik, Präsident der Reichstag eine Politik der Regierung, die einen endgültigen vollen Verzicht auf die Geltendmachung der deutschen Kolonialansprüche und die aus kolonialer Eigenarbeit der deutschen Volkswirtschaft erwachsenden Vorteile bedeutet? Der Reichstag wird sofort nach seinem Zusammentritt im Herbst eine klare Antwort der deutschen Regierung verlangen müssen.

Hierzu wird der Deutsche Tagesspiegel aus kolonialen Kreisen geschrieben:

Die Argumente des Reichstanzlers sind so fadenförmig, daß man sich wundern muß, daß der verantwortliche Vertreter der deutschen Politik, wenn er schon glaubt, gegen die deutschen Kolonialinteressen auftreten zu müssen, keine zwingenderen Gründe für seine ablehnende Haltung vorzubringen vermag.

Wenn er glaubt, daß der Erwerb von Kolonien den deutschen Kapitalmarkt allzusehr belasten würde, so ist darauf hinzuweisen, daß unsere ehemaligen Kolonien sich heute durchaus aus eigenen Mitteln erhalten würden. Wenn der Reichstanzler glaubt, daß Deutschland bei den nach kolonialer Selbstständigkeit drängenden kolonialen Völkern deshalb erhöhtes Ansehen genießt, weil es sich an der kolonialen „Ausbeutung“ nicht beteiligt, und daß sich das auch handelspolitisch günstig auswirken müsse, so sucht das von einer geradezu neuen Verleumdung von dem Sinn des kolonialen Handelns abzuweichen.

Wenn weiterhin der Reichstanzler meint, daß es dem deutschen Ansehen und dem deutschen Handel nützlich sei, wenn Deutschland in der Mandatskommission sich der Interessen der Mandatsvölker annehme, so gesteht er damit ein, daß Deutschland hervorragend befähigt sei, die Belange der Eingeborenen zu wahren. Gerade das aber sollte ihm dazu bestimmen, sich für die Erteilung eines Kolonialmandats an Deutschland im Interesse der Eingeborenen auch kräftig einzusetzen, um so mehr, als er selbst zugibt, daß das deutsche Recht auf koloniale Besitztümer nicht bestritten werden könne und daß die koloniale Schlußlinie in der früheren kolonialen Betätigung Deutschlands keine Begründung findet.

Zusammentritt der fünf Seemächte noch vor der Vorbereitenden Abrüstungskonferenz.

Paris. (Telunion.) Nach in Paris vorliegenden Mitteilungen beabsichtigt die Regierung der Vereinigten Staaten, das englisch-französische Flottenabkommen nur als Unterlage für eine neue Erörterung anzunehmen und gleichzeitig die Zusammenkunft der fünf großen Seemächte, England, Japan, Vereinigte Staaten, Frankreich und Italien noch vor der Genfer Vorbereitenden Abrüstungskonferenz anzubereiten, um zu dem französisch-englischen Abkommen Stellung zu nehmen.

Zusammenfassung des Ausschusses zur Untersuchung der Betriebssicherheit der Reichsbahn.

Berlin. In dem unter dem Vorsitz des Geheimen Oberbaurats Birkler vom Reichsverkehrsministerium gebildeten Ausschuss zur Untersuchung der Betriebssicherheit auf der Reichsbahn sind folgende Herren berufen worden: Die Reichstagsabgeordneten Dr. Quast und Schöffel; die Professoren für Eisenbahntechnik Dr. Halter von der Technischen Hochschule in München und Dr. Pirath von der Technischen Hochschule in Stuttgart; der Verbandsgeschäftsführer Groß; der Hauptbeamtenrat bei der Deutschen Reichsbahn der Vorsitzende Eisenbahntechnischer Mandat, vom Hauptbetriebsrat bei der Deutschen Reichsbahn der Vorsitzende Gatz, beide in Berlin; von der Gewerkschaft deutscher Lokomotivführer der Lokomotivführer Paul Selke aus Dittersbach (Waldenburg); vom Reichsverkehrsministerium der Geheimen Oberbaurat Birkler (Betrieb) und der Oberregierungsrat Dr. Reingruber (Eisenbahnsicherungsweien) und von der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft der Reichsbahndirektor Dr. Fromm (Dienstveranlegungen) und der Vizepräsident Senft (Oberbauingenieur).

Die Finanzlage der Reichsbahn.

Berlin. Dem Reichstage ist ein Bericht über die Betriebsverhältnisse, Verkehrsleistungen und Geschäftsergebnisse der Reichsbahn im ersten Vierteljahr 1928 vorgelegt. Gegenüber der Gesamteinnahme des ersten Vierteljahres 1927 mit 1127 638 000 Mark ist die des gleichen Zeitabschnittes des Jahres 1928 um 62 519 000 Mark gestiegen. 1928 brachte gegen 1927 also ein Mehr von 5,5%. Gegenüber dem ersten Vierteljahr 1926 beträgt die Steigerung sogar 24,4%. Die Steigerung entfällt mit 15,1 Millionen auf den Personenerverkehr, mit 30,7 Millionen auf den Güterverkehr und mit 16,7 Millionen auf die sonstigen Einnahmen. Alle Einnahmeweise haben sich danach günstig entwickelt.

Die Ausgaben stiegen infolge des Mehraufwandes für Besoldung und Löhnerhöhungen und erfordern eine Mehrbelastung durch die planmäßig gestiegenen Reparationsausgaben. Die Ausgaben betragen im ersten Vierteljahr insgesamt 1 208 470 000 Mark, denen Einnahmen von insgesamt 1 190 157 000 Mark gegenüberstehen. Für verbundene Anlagen entfielen Ausgaben von zusammen 54,3 Millionen, die wie bisher aus bereitgestellten Krediten gedeckt wurden.

Die Besprechung Goch-Briand.

Berlin. Ueber die Besprechung zwischen dem deutschen Botschafter in Paris a. Goch, dem Außenminister Briand und dessen Generalsekretär Verhelot hat das amtliche Communiqué nur berichtet, daß verchiedene zwischen Deutschland und Frankreich und auf dem Gebiete der internationalen Politik schwebende Fragen besprochen worden seien. Wie das Nachrichtenbüro des W. D. B. dazu von unterrichteter Stelle erzählt, bildeten den Gegenstand dieser Besprechung der Zweibrücker Zwischenfall und das Auslieferungsgeschehen Frankreichs, die Vorbereitungen für die Völkerverversammlung und der litauisch-polnische Streit. Eine Zulage, daß der Reichsaussenminister Dr. Stresemann zur Unterzeichnung des Kellogg-Paktes nach Paris kommen wird, ist noch nicht erfolgt. Bekanntlich soll dies erst nach der Rückkehr des Außenministers nach Berlin und nach einer Kabinettsitzung, an der der Außenminister teilnehmen kann, geschehen.